



Das Wasserkraftwerk Birsfelden. Der Anteil der Energieerzeugung aus eigenen Ressourcen liegt heute bei lediglich 20 Prozent.

Neue Energiesteuer im Landrat

Morgen Donnerstag fallen die ersten Entscheide zur zukünftigen kantonalen Energiepolitik

Von Thomas Dähler

Liestal. Geht es nach dem Willen der vorberatenden Kommissionen, fällt morgen im Landrat ein erster Vorentscheid zugunsten einer neuen, kantonalen Energiesteuer. Für nicht erneuerbare Energien ist eine Abgabe von einem halben Rappen pro Kilowattstunde geplant. Ob sie Wirklichkeit wird, werden die Stimmberechtigten definitiv entscheiden – oder auch die Gerichte: Es ist umstritten, ob die neue Steuer bundesrechtskonform ist. Ob in der politischen oder der juristischen Auseinandersetzung: Zu reden geben dürfte in jedem Falle noch die Kumulation der fiskalischen Massnahmen von Bund und Kanton.

Dass sich die Baselbieter Politik mit der geplanten neuen Energiesteuer und

dem neuen Energiengesetz als Pionier hervortun kann, hängt mit der speziellen politischen Konstellation zusammen: Mehrheitsfähig macht die Abgabe eine Koalition der traditionell umweltfreundlichen Linken, der CVP von Bundesrätin und Energieministerin Doris Leuthard und den Gewerbevertretern, die sich eine Vielzahl von Aufträgen erhoffen – die zuständige Bau- und Umweltschutzdirektion lockt mit vorausgesagten Investitionen von 426 Millionen Franken.

Pegoraros Pionierleistung

Die politische Pionierleistung ist zudem Balsam auf die Seele der zuletzt arg kritisierten freisinnigen Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro. Sie hat gar per Medienmitteilung vom Krankenbett aus wissen lassen,

dass sie die Debatte im Landrat aufmerksam verfolgen werde. Im Rat vertreten wird sie von Kollege Isaac Reber, der sich als Grüner mit der Abgabe und der Stossrichtung des Energiengesetzes bestens identifizieren dürfte.

Auf verlorenem Posten stehen die Vertreter der Unternehmen und der grösseren KMU, welche die Steuer im Widerspruch zur Wirtschaftsförderung sehen: Ihr prinzipieller Widerstand gegen eine neue Energiesteuer bleibt fast ohne Wirkung. Teilweise unterstützt wird die Handelskammer beider Basel nur gerade von Teilen der SVP. Weder bei der Wirtschaftskammer Baselland noch bei den Freisinnigen finden die Handelskammer und die von ihr vertretenen grossen Wirtschaftsunternehmen Unterstützung. Und auch die SVP-Vertreter in der Umweltschutz- und Energiekommission und in der Finanzkommission sind teilweise ins Lager der Befürworter übergelaufen, wie aus den publizierten Abstimmungsergebnissen in den beiden Kommissionen geschlossen werden kann. Die Umweltschutz- und Energiekommission hat die neue Energiesteuer mit 12:1 Stimmen verabschiedet, die Finanzkommission mit 8:2.

Nicht für Grossverbraucher

Die neue Energiesteuer wird vor allem die Nutzer oder Mieter von älteren Wohnungen treffen. Für eine Fünfstückerwohnung Baujahr 1960 ist gemäss der Vorlage mit zusätzlichen Nebenkosten von 39 Franken pro Jahr

zu rechnen, für ein Einfamilienhaus mit 128 Franken. Für KMU betragen die Energiesteuern je nach Verbrauchsintensität zwischen 250 und 12500 Franken pro Jahr. Die Grossverbraucher sind von der Steuer befreit, ebenso die KMU, «wenn sie sich in einer Vereinbarung mit dem Kanton oder einer von diesem anerkannten Institution verpflichten, vereinbarte Ziele für die Effizienzsteigerung einzuhalten».

Die Bau- und Umweltschutzdirektion hat zwei Gutachten erstellen lassen, welche die Vereinbarung der neuen Steuer mit dem Bundesrecht belegen sollen. Beide Gutachter zeigen die Problematik auf, bejahen aber die Vereinbarkeit. Das Bundesamt für Verkehr begrüsst, dass Baselland nach einem Weg für zusätzliche Mittel sucht, weist aber darauf hin, dass es zur Frage, ob die Steuer bundesrechtskonform wäre, noch keinen Gerichtsentscheid gibt.

Schwierig vorhersehbar ist auch, wie viel die neue Steuer einbringt. Gerechnet wird mit 14,5 Millionen Franken. Zu berücksichtigen ist aber, dass je attraktiver ökologische Sanierungen werden, je geringer die Strafstuern ausfallen. Vieles hängt auch von der Entwicklung auf Bundesebene ab. Ob zum Schluss tatsächlich mehr Geld in die Kantonskasse fliesst, bleibt offen: National- und Ständerat beraten zurzeit, ob ökologische Gebäudesanierungen von den Steuern abgezogen werden können. Wäre dies der Fall, würde die kantonale Energiesteuer gleich wieder neutralisiert.

Das Energiengesetz ist nur in Detailfragen umstritten

Liestal. Gleichzeitig mit der Energiesteuer behandelt der Landrat morgen auch das Energiengesetz. Die darin vorgesehenen Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energie sollen durch die Energieabgabe finanziert werden. Im Gegensatz zur Energiesteuer ist aber das neue Energiengesetz weniger umstritten. Im Grundsatz kritisiert wird das Energiengesetz nur von der Handelskammer beider Basel und von der SVP. Verabschiedet wurde das Gesetz in der Umweltschutz- und Energiekommission deutlich mit 12:1 Stimmen – mit

der Mehrheit der SVP-Vertreter in der Kommission also. Dennoch dürfte es in Detailfragen zu Auseinandersetzungen kommen, wurden in der Kommission doch mehrere Fragen nur sehr knapp entschieden. Umstritten sind vor allem die fehlenden energetischen Kompetenzen der Gemeinden bei Quartierplanungen sowie die Anschlusspflicht an die Wärmenetze. Eine knappe Minderheit ist zudem unglücklich, dass die Belastung durch den Verkehr im kantonalen Gesetz gänzlich ausgeklammert wird. td

Energie sparen – Geld verschleudern

Für die Handelskammer beider Basel ist Pegoraros Energiespargesetz volkswirtschaftlicher Unsinn

Von Daniel Wahl

Liestal/Basel. Auf einer Schmerzkala von eins bis zehn würde die Handelskammer beider Basel das von der Wirtschaftskammer und der Bau- und Umweltschutzdirektion ausgeheckte Baselbieter Energiengesetz auf Stufe sieben einstufen. So viel Bauchschmerzen bereitet der Handelskammer dieses Gesetz, das morgen im Landrat behandelt wird, dass sie eine Studie in Auftrag gegeben hat, um Resultate wissenschaftlich zu untermauern. Nimmt man die Studie zum Nennwert, wird der Landrat, sofern er nicht korrigierend einwirkt, ein Gesetz der Unvernunft beschliessen, das die Energiepolitik des Kantons auf Jahrzehnte zementiert.

Eine Erkenntnis zum viel gepriesenen Gebäudesanierungsprogramm aus dem Energiesparpaket: Es muss gar als kontraproduktiv bezeichnet werden (siehe Tabelle). Mit einer Abschreibung (Amortisation) über zehn Jahre kommt jede vermiedene Tonne Kohlenstoffdioxid (CO₂) auf 253 Franken zu stehen. Davon werden 31 Franken vom Steuerzahler berappt. Derselbe CO₂-Vermeidungseffekt wäre dreissig Mal günstiger zu haben, wenn man auf dem

europäischen Markt ein CO₂-Emissionszertifikat von derzeit acht Franken kaufen kann. Mit anderen Worten: Das Gebäudesanierungsprogramm ist volkswirtschaftlicher Unsinn.

Auch der vermiedene Kilowattpreis liegt mit 53 Rappen weit über dem Marktpreis. Co-Autor Markus Häring,

CO ₂ -VERMEIDUNGSKOSTEN GEBÄUDESANIERUNG		
Mittlere Investition pro Jahr (2010–2014)		
Förderbeiträge Kanton	Mio. CHF/a	9.66
Investition von privater Seite	Mio. CHF/a	70.40
Gesamtinvestition	Mio. CHF/a	80.10
Wirkung Energie über 10 Jahre	MWh	150822
Vermeidungskosten*	CHF/kWh	0.53
Einsparungen CO ₂ über 10 Jahre	Tonnen	31670
CO ₂ -Kosten	CHF/Tonne	253.00
Kosten für den Steuerzahler	CHF	31.00
*Annahme: Amortisation über 10 Jahre		

der erneuerbaren Energien keineswegs abgeneigt ist und mit Geothermie auf zukünftsträchtige Energieformen setzt, bringt es auf den Punkt: «Jeder Franken, der in sinnlose und teure Isolation verschwendet wird, könnte viel besser für die Umwelt eingesetzt werden.» Und die Handelskammer kommt zum fatalen Schluss: «Die CO₂-Vermeidungskosten für die Gebäudesanierung sind zu hoch. Wir sind überzeugt, dass eine Erhöhung des Mitteleinschusses diese noch weiter in die Höhe treibt.»

Ähnlich sieht es in Bezug auf erneuerbare Energien aus. Dort übersteigen die CO₂-Kosten die europäischen Kosten für CO₂-Emissionszertifikate um das Neunfache. Man ist überzeugt, dass die geplante Verdreifachung der Mittel die Wirkung nicht erhöht. Im Gegenteil, sie werde schlechter und teurer ausfallen.

«Reine Symbolpolitik»

Gegenüber dem von Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro vertretenen Gesetz fällt das Urteil vernichtend aus: «Die kantonalen Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels münden in reine Symbolpolitik.» Belegt sind in der Studie weitere Tabellen, die dies bestätigen. Führt das

Baselbiet die teure Energiestrategie ein, würde dies das Klima um 42 Tausendstel Prozent verändern. «Die Wirkung ist nachweislich nicht gegeben», heisst es bei der Handelskammer.

Angriff auf den Mittelstand

Umgekehrt hat die Energievorlage grosse Negativeffekte für die Bevölkerung. Laut Studie muss für eine 3-Zimmer-Wohnung eines Gebäudes mit Baujahr 1960 mit einer um rund 50 Prozent höheren Abgabe gerechnet werden als für eine 5-Zimmer-Wohnung mit Baujahr 2012. «Das heisst, dass genau jene von der Abgabe stärker betroffen werden, die ohnehin überlastet sind. Zudem haben sie als Mieter keinen Einfluss auf die Sanierung ihres Wohnobjekts», so die Handelskammer.

Ferner werden die sogenannten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich zur Ablehnung empfohlen. Diese wurden ohne demokratische Diskussion ins Leben gerufen und sollen als Gesamtpaket ins Energiengesetz eingeschleust werden. «Die Vorschriften stellen einen problematischen Eingriff in die Eigentumsrechte dar», schreibt die Handelskammer und rät von einer voreiligen Übernahme ab.

Nachrichten

Mit gestohlenem Auto an der Grenze erwischt

Rheinfelden. Die Grenzwaache hat beim Autobahnzoll Rheinfelden fünf Personen in einem als gestohlen gemeldeten Fahrzeug angehalten und festgenommen. Bei der Durchsuchung des in Belgien gestohlenen Autos wurde zudem Einbruchswerkzeug entdeckt. Bei den Insassen des Autos handelt es sich laut einer Mitteilung der Grenzwaache um zwei Algerier, zwei Belgier und einen Staatenlosen. Die Männer im Alter von 17 bis 26 Jahren und das Fahrzeug wurden der Aargauer Polizei übergeben.

Wieder Asylbewerber in Station Lampenberg

Ramlinsburg. Die Gemeinde Ramlinsburg reaktiviert die Station Lampenberg zur Unterbringung von Asylsuchenden. Ursprünglich hatte der Gemeinderat vorgesehen, den Pavillon bei der Mehrzweckhalle im Dorf zu sanieren und dort eine Familie unterzubringen, wie er mitteilt. Da aber vor allem Bedarf an Wohnraum für Einzelpersonen bestehe, verzichte man auf die Sanierung des Pavillons und bringe die Personen stattdessen in der Station Lampenberg ausserhalb des Dorfs unter, die bereits vom Kanton für ähnliche Zwecke genutzt worden war. Die Gemeinde hat mit der Firma ABS einen Vertrag für die Betreuung von sieben Asylsuchenden abgeschlossen.

Ausbau des Katzenheims verzögert sich

Muttenz. Das Katzenheim des Tierschutzbunds Basel Regional (TSB) wird während der nächsten Sommerferien noch nicht mehr Feriengäste beherbergen können. Wie der Tierschutzbund mitteilt, verzögert sich der geplante Anbau, ein Pavillon extra für Ferienkatzen, wegen einer Einsprache aus der Nachbarschaft gegen das Baugesuch. Laut TSB befürchtet die einsprechende Partei Geruchs- und Lärmemissionen. Der TSB betont, alles zu tun, um Belästigungen der Nachbarn zu vermeiden.

Designpreis für Stedli-Beleuchtung

Waldenburg. Ehre für das Stedli Waldenburg. Das Lichtkonzept und dessen Umsetzung ist mit dem deutschen (!) Lichtdesign-Preis 2016 in der Kategorie Aussenbeleuchtung/Öffentliche Werke ausgezeichnet worden. Dies teilt der Waldenburger Gemeinderat mit. Eine gute Beleuchtung brauche nicht zwingend viel Licht und Leuchten; die Wirkung werde durch reduzierten, gezielten Einsatz von Licht erzielt, wird die Auszeichnung begründet. Das Beleuchtungskonzept hat die St. Galler art light GmbH zusammen mit Schwob & Sutter Architekten, Bubendorf, entwickelt, die das Gestaltungskonzept für die Ortsdurchfahrt des historischen Städtchens erstellt hatte. Auftraggeber war der Kanton Baselland.

Altersheim erhält Preis für Familienfreundlichkeit

Liestal. Die Fachstelle UND, das Kompetenzzentrum für die Umsetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hat dem Pflegezentrum Brunnmatt gestern als erstem Unternehmen im Kanton das Prädikat «Familie UND Beruf» verliehen. Das Prädikat steht für Engagement für die Familienfreundlichkeit und die Gleichstellung. Das Pflegezentrum verspricht sich vom positiven Image als fortschrittlicher und attraktiver Arbeitgeber Vorteile bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal.

Autofahrerin wird bei Frontalkollision verletzt

Muttenz. Im Bereich der Unterführung Rothausstrasse in Muttenz sind gestern Morgen zwei Autos frontal zusammengestoßen. Wie die Polizei mitteilt, verlor ein 22-jähriger Autofahrer in der Unterführung die Herrschaft über sein Auto und geriet auf die Gegenseite. Dort kam es zur Kollision mit einem korrekt fahrenden Auto. Dessen Lenkerin wurde leicht verletzt.